

## Wachstumskritik und Grundeinkommen

von Werner Rätz, AG genug für alle

Es gibt vielfältige Verbindungen zwischen der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und derjenigen nach einer ökologischen Schrumpfungswirtschaft. Den drei wichtigsten soll im Folgenden kurz nachgegangen werden. Sie lauten:

- a) Nur wer weiß, woher Einkommen und materielle Sicherheit für ihn/sie selbst zukünftig kommen sollen, wird bereit sein, sich auf das Experiment einer Wirtschaftsschrumpfung einzulassen.
- b) Öffentliche Infrastruktur ist ökologisch effektiver als Marktlösungen; sie nimmt darüber hinaus positionellen Gütern ihren Reiz, ein Effekt, der durch materielle Gleichheit nochmals verstärkt wird.
- c) Umverteilung aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds reduziert die ökologisch schädlichen Wirkungen von Geld.

a)

Heute hängt das Einkommen der Menschen von Arbeitsplätzen ab, die keineswegs für alle zur Verfügung stehen. So wichtig auch eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und der öffentlichen Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen wäre, auch damit bliebe deren Zahl systematisch hinter der Zahl derer zurück, die einen solchen benötigen, wenn alle nur durch Erwerbsarbeit Einkommen erzielen könnten. Das hat mit vielen Gründen zu tun, vor allem damit, dass heute die notwendigen Güter mit extrem wenig Arbeitszeit hergestellt werden können. Jede Lösung dieses Problems muss auf eine Trennung von Einkommen und Erwerbsarbeit setzen. Das führt ökologisch gesehen dann auch zu einer Verringerung der Produktion, wenn das Grundeinkommen hoch genug dafür ist, dass Leute etwas anderes tun als erwerbsarbeiten.

Noch wichtiger allerdings ist es, dass die Beschäftigten jeden Arbeitsplatz verteidigen werden, selbst den beschissensten und ökologisch und sonst wie unsinnigsten, wenn sie nicht wissen, wovon sie denn ohne einen solchen sicher leben sollen. Wer will, wer kann von den Menschen verlangen, dass sie unter solchen Umständen über ökologisch und sozial dringend notwendige Alternativen nachdenken? Dringend erforderlich wäre eine Debatte darüber, was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller notwendig sind, die also die Not wenden würden? Was wir produzieren wollen und wie müsste dringend in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden.

Auch die Beschäftigten von Opel oder VW wissen, dass es intelligentere Möglichkeiten gibt, von A nach B zu kommen, als dass jedeR im eigenen Auto im Stau steht. Aber wie sollte nachhaltiges Umsteuern und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs aus der Produktion heraus und durch die Arbeiterinnen und Angestellten erfolgen, die doch auf ihre Arbeitsplätze angewiesen sind? Wie durch die Erwerbslosen, die ebenfalls auf einen der nicht vorhandenen Arbeitsplätze warten? Wer ernsthaft eine nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft will, wird zuerst dafür sorgen müssen, dass die Menschen sich um ihr materielles Überleben keine Sorge machen müssen. Und dazu brauchen alle ein bedingungsloses Grundeinkommen.

b)

Das bedingungslose Grundeinkommen wird von vielen linken BefürworterInnen als Teil

öffentlicher Daseinsvorsorge in einer bedarfsorientierten Ökonomie gedacht. Es geht im oben skizzierten Sinne darum, dass den Menschen die notwendigen Güter und Dienstleistungen verfügbar sind. Das wird in sehr vielen Fällen in unserer heutigen Gesellschaft nur möglich sein, wenn ein Einkommen zur Verfügung steht. Aber einiges wird auch als öffentliche Infrastruktur für die BenutzerInnen kostenlos angeboten werden können. Und das betrifft nicht nur öffentlichen Nahverkehr, Bildung, Verkehrswege und Versorgungsleitungen. Man könnte die gesamte Mobilität als Infrastruktur organisieren, das Wohnen von der Planung über den Bau bis zur Verwaltung ebenfalls, die Kommunikation, Energieversorgung und vieles mehr. Was gesellschaftlich finanziert zur Verfügung steht, braucht nicht eingekauft zu werden. Damit reduziert sich die notwendige Einkommenshöhe. Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur wird ressourcen- und energieschonender errichtet als das Warenangebot auf dem Markt: Der öffentliche Nahverkehr ist ökologisch dem Privatauto weit überlegen.

In einem solchen System öffentlicher Güter verlieren viele Dinge die spezielle Eigenschaft sogenannter positioneller Güter. Vieles wird gekauft oder gemacht, weil andere es kaufen und machen, weil man dazugehören will oder muss. Vieles wird auch gekauft oder gemacht, weil andere es sich nicht leisten können, weil man sich unterscheiden, herausheben will, zeigen, wer man ist. All das ist nicht möglich mit Gütern und Dienstleistungen, die allen kostenlos zur Verfügung stehen.

Es gibt ein weiteres ganz einfaches Gegenmittel. Eine jüngste umfassende Untersuchung britischer EpidemiologInnen belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in der Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt usw. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. Die Herstellung von weitgehender materieller Gleichheit würde einen wesentlichen Teil des Konsums unterbinden, der lediglich dem Prestige gilt, und wäre damit eine Kernforderung auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Stoff- und Energieverbrauch reduziert. Das zentrale Instrument für einen solchen Schritt wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen.

c)

Ein bge würde nicht nur Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe sichern und wäre allein schon deshalb eine menschenrechtlich unverzichtbare Maßnahme. Je nach Ausgestaltung und Finanzierungsmodalitäten trüge es auch zur Reduzierung ökologisch schädlicher Abläufe bei. Zwar würde ein hohes, also tatsächlich finanzielle Umverteilung organisierendes Grundeinkommen seinen Begünstigten einen erhöhten Konsum ermöglichen. Das könnte auch nicht etwa mittels einer Finanzierung durch Ökosteuern kompensiert werden. Um nämlich eine große Umverteilung zu gewährleisten, müssten die Steuern ein hohes Aufkommen erbringen, dann aber haben sie keine ökologische Steuerungswirkung mehr.

Allerdings bedeutet Umverteilung ja, dass die Mittel woanders hergenommen werden. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine Verschiebung von Geld aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds. Der Wachstumswirksamkeit in letzterem steht die Wachstumsminderung in ersterem gegenüber. Wenn man bedenkt, dass Investitionsentscheidungen im Kapitalismus ausschließlich zum Zweck des Wachstums fallen – aus Geld muss mehr Geld werden, sonst investiert niemand – dann ist absehbar, dass der Schrumpfung- den Wachstumseffekt deutlich überwiegen wird. Das wird nochmals dadurch verstärkt, dass Investitionsgelder erheblich rascher umschlagen als Konsumgelder. Während die zusätzlichen Lebensmittel oder Urlaubsausgaben der bge-Begünstigten zurück zu den Verkäufern fließen und dort in neue Produktion gesteckt werden, haben die FinanzinvestorInnen in der Regel schon mehrere Geschäfte

mit ihrem Kapital getätigt.

Diese wachstumsmindernde Wirkung des bge umso größer, je höher es ist. Die Attac-AG genug für alle hat schon vor Jahren den Vorschlag entwickelt, ein bge als Teil einer umfassenden Bürgerversicherung zu organisieren. In ihr würden Gesetzliche Krankenversicherung (incl. Pflege), Gesetzliche Rentenversicherung und das Grundeinkommen zusammengefasst. Die Finanzierung sollte im Umlagesystem erfolgen, indem jeder Euro Einkommen, den Personen in Deutschland erzielen, zur Beitragsberechnung herangezogen wird. Dabei spielt weder die Art des Einkommens (Lohn oder Gehalt, Honorare, Kapitaleinkommen, Mieten, etc.) eine Rolle noch ihre Höhe. Bestehende Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenzen würden abgeschafft, eine Versicherungspflicht für alle Personen eingeführt. Eine solche Finanzierung würde eine deutliche Umverteilung von den hohen zu den niedrigen Einkommen bedeuten. Dazu käme eine weitere starke Umverteilung von den Gewinnen zu den Einkommen, indem die Hälfte der Kosten beider Systeme wird von den Arbeitgebern aufgebracht („paritätische Finanzierung“) werden sollte. Sie würden entsprechend der in Deutschland erzielten Bruttowertschöpfung auf alle hier tätigen Unternehmen umgelegt, auch wenn ihr Firmensitz sich im Ausland befindet. In einer solchen Bürgerversicherung wäre je nach konkreter Ausstattung etwa die Hälfte des bisherigen BIP gebunden und den Kapitalkreisläufen entzogen.

In dieser Perspektive kommen ökologische, soziale, finanzmarktkritische und auf freie Tätigkeit orientierte Wirkungen zusammen und wir befinden uns in einem Schnittpunkt aller Dimensionen des Attac-Engagements. Zentral dafür ist das bedingungslose Grundeinkommen.